

werkvermaechtnisse.de: Wählen oder Nicht-Wählen, das ist hier die Frage...
Episodischer Sinneswandel eines seit 20 Jahren überzeugten Nicht-Wählers zur
Bundestagswahl 2021. Juli 2021.

*

2. Fassung vom 15. Juli 2021. – Sämtliche auch auszugsweise Wiedergaben in allen
Medienformaten bedürfen der Erlaubnis. – Warum wir uns der alten Schriftsprache
befleißigen, wie sie vor 1996 galt, begründen wir [hier](#). Hinzu eine Sammlung von
Materialien zum nämlichen Thema:

werkvermaechtnisse.de: [>Rasse< in Kirchenliedern](#).

Die >Rechtschreibreform<. – Gegenreden auf den aktuellen Vorstoß, den Begriff
>Rasse< aus dem Grundgesetz wie auch aus Liedtexten und Schriften tilgen zu
wollen. 2020.

© 2021 werkvermaechtnisse.de

Beiträge externer Autoren geben nicht unbedingt oder einhellig die Meinung der
Redaktionsverantwortlichen des Netzportals www.archiv-svw.de wieder. Verstöße
gegen Personen oder geltendes Recht melden Sie uns bitte über das [Kontaktformular](#).
Wir entfernen unautorisierte oder rechtsverletzende Beiträge umgehend, ohne daß
die Einschaltung eines Anwalts erforderlich wäre.

*

Zunächst: Warum ich mich seit 20 Jahren zur Wahlverweigerung gezwungen sah:

Es ist kein Geheimnis, es gehört zur dürftigsten Allgemeinbildung: Die sogenannte
Parlamentarische Demokratie ist gescheitert. Nie war sie mehr als eine ‚schöngestige‘
Bemäntelung der chronischen – mit der Neuzeit nur umso geschickter verkleideten –
Diktatur der Herrschenden, ihrer Korruption und Machtgier. Früher Könige,
Feudalherren, Kirchen, heute ‚Eliten‘, Lobbyisten, Banker, Konzerne, Oligarchen – es
sind die blutsaugenden Parasiten am Körper unserer Erde, an unseren eigenen
Körpern, an den Körpern der Völker. Daran hat sich auch nach dem II. Weltkrieg
nichts geändert – obwohl sein Schrecken wie ein ultimatives Fanal zur Umkehr ins
Bewußtsein der Menschheit hätte treten müssen, wie ein eindringlicher Beweis, in
welche Abgründe die menschliche Natur stürzt, wo sie gezwungen wird, in
Abhängigkeit, Angst, Scham und Verzweiflung zu leben. Die Potenz des Menschen ist
göttlich. Verweigert er sich und seinen Mitmenschen diese eigene und nachbarliche
göttliche Natur in ihrer Wirklichkeit zum Ausdruck zu bringen, entfremdet er sich
von den Lebensgesetzen der universellen Evolution, der steten Transformation und
Anpassung seiner inneren Anlagen an die höheren Gesetze des physischen und
psychischen Daseins, so verliert er den Sinn seiner Existenz und degeneriert – um
letztlich aus dem hochheiligen Mechanismus des Lebensprozesses ausgesondert zu
werden, wie alle Kreatur, die dem Gebot und Prinzip von Kooperation und
Gleichgewicht zuwiderhandelt. – Nichts hat sich geändert, weder nach den Kriegen
des vergangenen Jahrhunderts, noch nach den Greueln der Moderne. Geistig
verharren wir im Zustand des Vormittelalters, technisch haben wir die Kriegsführung
perfektioniert, die Begriffe und Methoden ‚effektiviert‘.

‚Wählen‘ soll ich also jene Struktur ewigen Schmarotzertums und ewiger Heuchelei –

auf daß ihre Gebieter und Gewalthaber fortgesetzt die Zuflüsse in die eigenen und fremden helfershelfenden Taschen vermehren dürfen?

Derart lächerlich möchte ich mich nicht machen.

Es ist ja ein eklatantes Mißverhältnis eingetreten, zwischen dem Tempo der exponentiell sich entwickelnden politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Problemstellungen, die mit der Dringlichkeit der Bewußtseinsentwicklung des Menschen, der gesamten Menschheit parallel verlaufen, und den ‚demokratischen Wahlverfahren‘, die ‚dem Volk‘ alle vier Jahre eine einzige Stimmabgabe zu diesen Problemlagen und Verhältnissen ermöglichen. In der Zwischenzeit wuchert die Regierungskriminalität ungehindert wohin sie immer wuchern will, sie hat dazu ja ein ‚demokratisches Mandat‘ erhalten... Man muß sich das vorstellen: Die Situation jedes einzelnen, die Anschauung der gesamten Menschheit ändert sich wöchentlich, ich selbst werde aber nur alle vier Jahre über meine Auffassung über diese Veränderungen befragt!? Und solange man nicht wenigstens die Nichtwähler von den Wählern abzieht (um zumindest ein halbwegs repräsentatives Abbild der Stimmgewichte zu erhalten) perpetuiert selbst Nichtbeteiligung dieses perverse System: indem die Stimmenanteile immer auf 100 % Beteiligung hochgerechnet werden, wobei eines Tages womöglich 5 % ‚echte‘ Wahlbeteiligung zu einer ‚Regierungsbildung‘ ausreichen! – Beispiele:

Bei einer Wahlbeteiligung (Deutschland, 2013) von nur noch 71,5 % (das zweitschlechteste Ergebnis seit 1949) ist schon die momentane Regierung nicht mehr durch repräsentative ‚Stimmenmehrheit‘ des Volkes legitimiert. (Rechne: 62 Millionen Stimmberechtigte, davon 70 % abgegebene gültige Stimmen = 44,33 Millionen; davon wiederum ein Stimmanteil von 67,2 % für die ‚Große Koalition‘ = knapp 30 Millionen Menschen; vgl.: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahl_2013.)

Für die Bundestagswahl von 2017 sah es noch schlechter aus: Eine ‚Große Koalition‘ vereinigte nur noch 53,4 % der abgegebenen Stimmen, eine ‚Ampelkoalition‘ sogar nur noch 51,5 %. Bei einem Anteil jedoch von 23,84 % Nichtwählern vertritt jedwede Regierung nur noch eine Anzahl zwischen 29,76 % und 29,86 % der Bürger – oder anders gesagt: Zwischen 70,24 % und 70,14 %, mithin also über 2/3 des gesamten Volkes wird durch Regierung und Gesetzgebung nicht mehr repräsentiert bzw. findet für seine Belange und Auffassungen keine politische Stimme mehr! Die ‚gesetzgebende Gewalt‘ ist längst nicht mehr durch Mehrheit des Volkes legitimiert – während vom Staatsfunk der wachsende „die Demokratie bedrohende“ Anteil bzw. der ‚Wahlsieg‘ der Nichtwähler (vgl. z. B. die Niedersachsenwahl 2017 mit 36,9 % deutlich ‚errungen‘!) ignoriert, diskreditiert, marginalisiert wird...

In diesem Zusammenhang ein Interview vom November 2016 mit der Wahlhelferin Petra Kaiser: ‚Wahlbetrug in der BRD‘, vgl. hier: <https://www.youtube.com/watch?v=7MbaO9UYmv8>.

Selbst die immer wieder erzitterten ‚51 %‘ sind keine entscheidende Mehrheit: Frühestens wenn 66,6 %, also 2/3 der Wähler, einem Projekt zustimmten (gern auch unter Wahlpflicht und selbstverständlich u. U. auch nur gemeindebeschränkt, wenn es z. B. um die Aufstellung eines Windrades vor der eigenen Haustür geht), sollten wir von relevanten – legitimen – Mehrheitsentscheidungen sprechen oder aber ‚das Projekt‘ im Sinne der vielen Gegenmeinungen modifizieren oder sogar fallen lassen,

weil es sonst zu viele Gegenkräfte nährte. Wollen wir eine *echte Kultur der Standpunkte bzw. der bewußten Entscheidungsfreiheit und Mitbestimmung* einführen, so muß umso mehr das *Recht der Minderheiten* verteidigt werden.

Da mühen sich die Systemmedien vor jeder anstehenden ‚Wahl‘ durch ‚Wählerumfragen‘ mit einem ‚Stimmungsbild in der Bevölkerung‘ uns zu beeinflussen: ‚Seht, so denkt das Volk, daran könnt ihr euch orientieren‘... Man staune über die Macht der Medienkartelle: Es können die perfidesten Verbrechen geschehen ohne jede Reaktion oder Berichterstattung, wenn es nur der Deutungshoheit ihrer Führer, ihrer Geld- und ‚Ideengeber‘ nützt! Und ‚wir‘ sind ‚genügsam‘ – dumm – genug, das zu dulden. Und nicht nur in europäischen Ländern wie Deutschland, bestes Beispiel: die Einstimmigkeit in der Berichterstattung zum Wahlbetrug gegen Donald Trump in den USA. – Vgl. hier oder andere Belegstellen:

<https://www.wochenblick.at/demokratie-am-ende-doku-zeigt-professionellen-us-wahlbetrug/>,

<https://www.wochenblick.at/der-navarro-bericht-enthuehlt-groessten-wahlbetrug-der-us-geschichte/>, oder hier:

Dieter Böhme: Die USA-Wahlen – [1. Teil](#), [2. Teil](#), [3. Teil](#), [4. Teil](#).
„Wahlbetrug ist mehr als nur wahrscheinlich, weil Demokraten und Regierungsstellen Donald Trump schon immer beseitigen wollten.“ 2020.

Selbst wenn es keine Beeinflussung gäbe, würden Wahlen nichts nützen, dafür sorgten die etablierten ‚Rechteinhaber‘ und ihre Machtinstrumente, sogenannte Staatsdiener, Staatsrechtler, Beamte – in engem Bunde stets mit dem Wegwerfjournalismus, dessen Qualität unter einer Halbwertzeit von 24 Stunden liegt. Man könnte es auch mit den Worten des deutschen Politikwissenschaftlers und Staatsrechtlers Theodor Rudolf Georg Eschenburg (1904-1999) ausdrücken: „Wir sollten wählen, um regiert zu werden. Heute werden wir regiert, um zu wählen.“

Wozu also wählen, da sich nichts ändert, sich doch nur wieder und wieder die nämlichen ‚Koalitionen‘ bilden, die wiederum den ewig gleichen Zielen nachhinken: einen ‚Konsens‘ herzustellen zwischen Mehrheitsmeinungen (zum Zweck des Machterhalts) und der Umsetzung der nötigsten Forderungen des Augenblicks – die so zwingend geworden, daß ich dafür keine ‚Politiker‘ brauche (die eigentlich Vorsorge zu treffen hätten, Zustände derart akuten Handlungsbedarfs zu vermeiden), weil das Notwendigste von jedermann geleistet werden kann, weil es nichts fordert, als aus gesundem Menschenverstand auf die unmittelbare Not unmittelbar zu reagieren.

Wählen soll ich? – Nein, Danke.

Wahrhafte Veränderungen bedürften direkter Proteste von Menschen auf der Straße, in ihren Betrieben, einer grundlegenden Veränderung von Gesinnung und Charakter der Massen – um fähig zu werden, *gemeinschaftlich* gegen die politische und amtliche Willkür zum Wohle der Volksgesundheit aufzubegehren. Dergestalt kampfschlossen träten sogleich die staatskluge Voraussicht und faktische Kräfte auf den Plan – hervorquellend aus der unmittelbaren Betroffenheit jener Menschen, denen die Veränderungen, die erforderlich sind, leiblich erfahrbar wurden. Dem ‚demokratischen Prinzip‘ nach, das den Wählerwunsch im politischen Spektrum

abzubilden hätte, ändert sich nichts: Zu viele, zu starke Interessen und Instrumente der besitzenden Klasse stehen dagegen. – Wozu also wählen? – Um dieses heuchlerische System mit der Abgabe meiner Stimme zu legalisieren, zu legitimieren? – Nein, Danke!

Es ist ein demagogischer Mythos, euch einzureden, ihr müßtet ‚aus Verantwortung‘ euch beteiligen und beitragen – jenen Strukturen, die euch nur benutzen und schädigen?! – Also: Verweigert euch der Entmenschlichung, der Denaturierung, der Zerstörung eures Wesens und eures Lebensraums. Verweigert euch, denn: „Fortschritt findet man meist dort, wo Menschen in einer bestimmten Situation beschließen, den Gehorsam zu verweigern“, sagte der isländische Schriftsteller und Nobelpreisträger für Literatur Halldór Laxness (eigentlich: Kiljan Gudjónsson, 1902-1998). Der ‚Geist‘ in der Welt ändert sich allein durch die Veränderung Seines Ausdrucks in dieser Welt: durch kohärente, zusammenhängende einheitliche Aktion – gegen diesen Geist der Welt.

Vgl. auch: „Der Humbug der Wahlen“, verfaßt von Erich Mühsam, 1912:

http://www.archiv-svw.de/pdf-bank/Erich%20M%FCsam%2001.10.1911_Der%20Humbug%20oder%20Wahlen.pdf

Wählen zu gehen hieße, das uns entmündigende System durch Beteiligung zu bestätigen – wobei die Verwerflichkeit und Verlogenheit auf der einen wie auf der anderen Seite sich nur unwesentlich unterscheiden: Dort begeht man den planvollen Betrug, hier anerkennt man ihn!

Daher, meiner Selbstachtung, meines Selbstverständnisses zuliebe, habe ich mich seit 20 Jahren nicht mehr an Wahlen beteiligt: Ich mochte mich nicht für dumm verkaufen lassen und meine Stimme ‚abgeben‘, jenen, die sie nur zur ‚Legitimation‘ ihrer Selbstbereicherung mißbrauchen. Ich finde mich in keinem der sogenannten Parteiprogramme (vollständig) wieder und fühle mich von keinem der sogenannten Parlamentarier in meinen Interessen vertreten, geschweige in meinen Befindlichkeiten wahrgenommen, genausowenig, wie diese von den ‚Medien‘ überhaupt widergespiegelt würden. – Wen, was, wozu also ‚wählen‘?!

*

Vielleicht noch aus einem einzigen Grund: Weil meine sinnlose Stimme – wenigstens episodisch – meinen Protest gegen diese Sinnlosigkeit zum Ausdruck brächte! – Wie protestiere (und provoziere) ich am wirkungsvollsten: Indem ich jene Partei wähle, von der sich das herrschende System derzeit am meisten bedroht fühlt! Nicht, daß ich glaubte, ich könnte damit die tiefen Strukturen unseres Staatsgebildes angreifen, wohl kaum, aber ein Zeichen könnte ich setzen und den Kampf der vielen deutschen Patrioten gegen die politischen Versager, die sich emporgelogen haben, ehren und ihnen Mut zusprechen, ihren Widerstand fortzusetzen!

Mit relevanter Bedeutung auf Bundesebene läßt lediglich die

Alternative für Deutschland

für die Bundestagswahl im September 2021 zu einer entsprechenden nationalen Stellungnahme und historischen Gelegenheit ein, geschlossen gegen die etablierten

Systemparteien zu stimmen.

Selbst wenn Zweifel an speziellen oder allgemeinen Beurteilungen innerhalb der aktuellen Agenda der AfD hinsichtlich ihres Verhältnisses z. B. zu Israel, zum Klimawandel oder zur Fiskalpolitik bestehen: ihre anderen Forderungen wiegen – meinem Gefühl und Verständnis nach – in Zahl, Masse und Bedeutung die dissonanten Aspekte *mehrfach* auf. – Im folgenden zitiere ich programmatische Auszüge aus den Themen der AfD zur Bundestagswahl 2021 (vgl.

<https://www.afd.de/themen/>):

- Nein zu den ‚Vereinigten Staaten von Europa‘!
- Sollte die gemeinsame Rückbesinnung auf ein ‚Europa der Vaterländer‘ mit den derzeitigen Partnern in der EU nicht möglich sein, muß Deutschland nach dem Vorbild Großbritanniens aus der EU austreten.
- Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen.
- Um Kungeleien zu unterbinden und die Akzeptanz des Amtes zu erhöhen, wollen wir den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.
- Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten herzustellen, fordern wir eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete auf vier und für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden.
- Bundestagsabgeordnete zahlen derzeit keine Rentenbeiträge und erhalten nach wenigen Jahren bereits eine Altersversorgung, die ein Arbeitnehmer mittleren Einkommens nicht einmal nach 45 Beitragsjahren erreichen kann. Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzahler übermäßig belastende Versorgungsmodell für Abgeordnete grundlegend reformieren und es auf ein System privater Altersvorsorge umstellen.
- Horrende Baukostenüberschreitungen, unsinnige Beschaffungsmaßnahmen und verschwenderische Prestigeprojekte von Amtsträgern und Behördenleitern bleiben nach der gegenwärtigen Rechtslage weitgehend ohne strafrechtliche Folgen für die Verantwortlichen. Die AfD fordert daher die Einführung eines neuen Straftatbestands der Haushaltsuntreue.
- Die AfD tritt für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr ein. Deshalb lehnen wir sogenannte ‚Antidiskriminierungsgesetze‘ ab.
- Zentraler Grundwert einer freiheitlichen Zivilrechtsordnung ist die Vertragsabschlußfreiheit, das ist die Freiheit jedes Einzelnen, selbst darüber zu entscheiden, ob er mit einem anderen Bürger in rechtliche Beziehungen treten will oder nicht. Unter dem Einfluß der Europäischen Union wird dieses fundamentale Prinzip der Privatautonomie in der deutschen Gesetzgebung Schritt für Schritt zerstört.
- Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, daß deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar. Die Wehrpflichtarmee hat der Bundesrepublik Deutschland über mehr als fünf Jahrzehnte gute Dienste geleistet und für die Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft gesorgt. Daher fordert die AfD die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.
- Das Schengen-Abkommen betrachten wir als gescheitert, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht gegeben ist. Es muß deshalb wieder ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag und dabei den freien Personen- und Güterverkehr möglichst wenig

behindert.

- Die Interessen unserer Bürger im Gesundheits- und Verbraucherschutz, im Tier- oder Naturschutz müssen in einer globalisierten Welt souverän vertreten werden. Dafür brauchen wir nationale Schutzstandards, die den Standards anderer Staaten nicht durch die Anmaßung supranationaler Gerichte untergeordnet werden dürfen.
- Internationale Abkommen müssen in transparenten Verfahren verhandelt werden. Die AfD lehnt auch aus diesem Grund CETA, TISA und TTIP ab.
- Die Geschäftsgrundlage des Euro war: Keine Haftung für die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln sind zerstört worden. Deshalb muß Deutschland die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen.
- Die EZB zerstört mit einer Währungspolitik der unwirtschaftlichen Zinsen (Nullzinspolitik) alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis zu privaten Sparvermögen. Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden.
- Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneingeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht.
- Deutschland muß auch in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Wir wollen für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitige Vorkehrungen treffen. Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muß als temporäre Deckungsoption vollständig und umgehend nach Deutschland überführt werden.
- Terror und Kriminalität sind keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muß. Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun. Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade bei der Gewalt- und Drogenkriminalität führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen. Wir fordern daher:
 - Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität,
 - Verhängung der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte,
 - Ermöglichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Krimineller im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit geeigneten Staaten.
- Die Zukunft Deutschlands und Europas muß langfristig gesichert werden. Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen, das noch als unser Deutschland erkennbar ist.
- Während die europäische Bevölkerung überaltert und schrumpft, explodiert die Bevölkerungszahl in Afrika und den arabisch-muslimischen Ländern. Bis 2050 wird sich Prognose zufolge die Bevölkerung Afrikas, einschließlich aller arabischen Länder, auf 2,4 Milliarden verdoppeln. Europas Bevölkerung hingegen wird sich im gleichen Zeitraum um etwa 50 auf dann ca. 540 Millionen Menschen verringern, wovon ein Drittel über 60 Jahre alt sein wird.
- Im Verhältnis zu Europa oder Amerika stellt Afrika ein Armenhaus dar. Aus beiden Ursachen – dem Bevölkerungswachstum in Afrika und dem Wohlstandsgefälle zu Europa – entsteht ein gewaltiger Wanderungsdruck, der Dimensionen einer Völkerwanderung hat. In absoluten Zahlen sind dies derzeit rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen, überwiegend junge Männer. Bis 2050 wird sich deren Zahl auf rund 950 Millionen erhöhen. Vor

diesem Problemhintergrund ist offensichtlich, daß Wanderungsbewegungen von Afrika nach Europa im zu erwartenden Umfang unseren Kontinent in wenigen Jahren destabilisieren können.

- Einen Asylantrag soll nur stellen dürfen, wer seine Identität nachweist. Alle abgelehnten Asylbewerber sind umgehend in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. Hilfsweise müssen die Migranten in aufnahmebereite Drittstaaten überführt werden.
- Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.
- Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für anerkannte Asylbewerber ab, da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen können.
- Entfällt der Fluchtgrund im Herkunftsland anerkannter Asylbewerber, endet in aller Regel deren Aufenthaltserlaubnis. Sie müssen zurückkehren. Insbesondere der Schutz vor Bürgerkrieg ist rein temporär ausgelegt und darf nicht zu einer Einwanderung durch die Hintertür führen.
- Unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer (UMA) mißbrauchen das Ausländer- und Asylrecht. Sie sind fast alle männlich, und zwischen 50 und 80 Prozent derer, die sich als minderjährig ausgeben, sind tatsächlich volljährig. Ihre Kriminalitätsrate ist unverhältnismäßig hoch. Sie dienen als sogenannte Ankerkinder zum späteren Nachzug ihrer Familien.
- 2015 wurden in Deutschland 67.000 dieser als minderjährig eingestuft und neu registriert, 2016 erneut über 50.000. Bei Kosten von durchschnittlich 60.000 bis 80.000 Euro pro UMA und Jahr entstehen schon heute jährliche Kosten nur für diese Personengruppe von schätzungsweise sechs bis zehn Milliarden Euro. Diese Mißstände wollen wir beenden und fordern:
 - obligatorische Altersuntersuchungen,
 - den Ausschluß von Familiennachzug,
 - und den ausnahmslosen Übergang ins Asylverfahren bei Erreichen der Volljährigkeit.
- Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar. Viele Muslime leben rechtstreu und sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will jedoch verhindern, daß sich abgeschottete islamische Parallelgesellschaften weiter ausbreiten, in welchen muslimische ‚Friedensrichter‘ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.
- Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch Gesetze Schranken zu setzen.
- Burka und Niqab errichten durch die Gesichtshüllung eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.
- Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.
- Familienpolitik soll deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik.
- Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung.

- Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des Staatsvolks sind daher als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen.
- Wir wollen vor allem Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen finanziell entlasten und Mut zu Kindern machen.
- Dazu gehören auch konkrete Fördermaßnahmen, wie Ehestart-Kredite mit Teilerlaß für jedes Kind, Wohneigentumsförderung für Familien, BAFÖG-Rückzahlungserlaß für junge Familien, leichter Zugang zu Leistungen für Bildung und Teilhabe, Erstattung von Fahrtkosten und Zuzahlungen beim Arzt oder der Zweitwohnungssteuer für Jugendliche in Ausbildung.
- Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler. Daher will die AfD durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen.
- Dazu gehört ein Familiensplitting, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll. Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein!
- Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann.
- Die AfD will, daß sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert.
- Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes ‚Familie‘ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.
- Die ‚Gender-Forschung‘ ist keine seriöse Wissenschaft, sondern folgt der ideologischen Vorgabe, daß das natürliche Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) voneinander völlig unabhängig seien. Ziel ist letztlich die Abschaffung der natürlichen Geschlechterpolarität.
- Bund und Länder dürfen keine Mittel für die ‚Gender-Forschung‘ mehr bereitstellen und keine ‚Gender-Professuren‘ mehr besetzen.
- Wir befürworten ein nach Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird.
- Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich an dem jeweils höchsten Niveau in Deutschland ausrichten. Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur muß wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.
- Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fachwissens als zentrales Anliegen der Schule.
- Die AfD lehnt den Einfluß von internationalen Konzernen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen, wie z. B. der OECD und des PISA-Konsortiums, auf unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ab.
- Der zunehmenden Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens treten wir entgegen.
- An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der schulischen Bildung muß der selbständig denkende Bürger sein.

- Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktrination sein.
- Da die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine kirchenähnliche Struktur aufweisen, soll ihnen das Privileg eines ‚bekenntnisgebundenen‘ Religionsunterrichts an staatlichen Schulen nicht zugestanden werden.
- Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung. Sie umfaßt neben der deutschen Sprache auch unsere Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte. Damit eng verbunden sind unser liberaler Rechtsstaat, unsere Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft sowie die soziale Marktwirtschaft als Ausdruck menschlicher Kreativität und Schaffenskraft. Die Ideologie des Multikulturalismus gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. ‚Multi-Kultur‘ ist Nicht-Kultur. Sie löst die Gemeinschaft auf und befördert die Entstehung von Parallelgesellschaften. Dauerhafte existierende Parallelgesellschaften führen sehr oft zu innenpolitischen Konflikten und können letztlich sogar den Zerfall eines Staates bewirken. Die AfD wird nicht zulassen, daß Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.
- Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation. Als zentrales Element deutscher Identität will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz festschreiben. ‚Politisch korrekte‘ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen.
- Der gegenwärtige öffentlich-rechtliche Rundfunk ist mit einem Jahresbudget von über neun Milliarden Euro viel zu teuer und wird in einer Weise von der Politik dominiert, die einer Demokratie unwürdig ist. Die AfD setzt sich dafür ein, die Rundfunkanstalten grundlegend zu reformieren.
- Der Rundfunkbeitrag ist abzuschaffen, damit in Zukunft jeder Bürger frei entscheiden kann, ob er das öffentlich-rechtliche Angebot empfangen und bezahlen will.
- Unser Land steht vor großen sozialen Herausforderungen. Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung.
- Unser Sozialstaat kann nur erhalten werden, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird.
- Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.
- Unser Steuersystem ist das komplexeste der Welt. Eine Vereinfachung wurde von den etablierten Parteien schon lange versprochen, aber nie realisiert. Globalisierung und Euro-Krise erfordern ein grundsätzliches Umdenken. Es ist Zeit für eine grundlegende Reform, die sich an den folgenden Punkten orientieren sollte:
 - Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote,
 - Reformierung der Steuersysteme,
 - Rückbau der Bürokratie,
 - mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik,
 - die Bezahlung von Kirchenrepräsentanten wie Bischöfen etc. aus allgemeinen Steuermitteln ist abzuschaffen.
- Die AfD fordert, daß Bankkunden das Recht auf Konten haben, die die Geldinstitute im Sondervermögen halten müssen. Nur diese Vermögen sind im

- Fall einer Bankinsolvenz geschützt.
- Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den höchstmöglichen Schutz genießen. Die AfD lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank zur Speicherung vertraulicher Gesundheitsdaten ab. Wir befürworten jedoch die Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines Medikamentenplans und einer Patientenverfügung, direkt auf der Karte.
 - Die AfD befürwortet die kleinteilige Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Verteilnetz muß in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben.
 - Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts lehnt die AfD entschieden ab.

*

Wie auch immer die gleichgeschalteten Medien diese *grundlegenden Reformen an den politischen und administrativen Strukturen Deutschlands* ‚beurteilen‘ mögen, eines ist gewiß: Es handelt sich hier um die *Fundamente* eines Staatswesens, das entschlossen bestrebt ist, eine nationale Einheit wiederherzustellen, in der sich gleichsam auch der Wille in notwendiger Potenz zu erneuern wüßte, den globalen Krisen unserer absterbenden Moderne, wie sie unvermeidlich auf uns zukommen, vernunft- und sinnvoll zu trotzen. Und weil sich in diesen Bedürfnissen lediglich *Selbstverständlichkeiten* im Sinne des gesunden Menschenverstandes aussprechen und keineswegs ‚rechtsextreme oder neonazistische Gedanken‘, die vom ‚Staatsschutz‘ (<https://taz.de/AfD-Thueringen-erwiesen-rechtsextrem/!5772158/>) ‚beobachtet‘ werden müßten (apropos ‚Staatsschutz‘: Von wem geht hier *eigentlich und tatsächlich* die Gefahr gegen den Staat aus?!), deswegen erspare ich mir auch jeden Kommentar und jede wiederholende Erörterung ‚zum Beweise‘ dieser wahrhaft staatsstreuen und gemeinwohlorientierten Wahl- und Programmprämissen!

Allein auf zwei prägnante Analysen möchte ich verweisen – verfaßt aus einer Klarsicht und Seriosität, wie sie offensichtlich nur noch solchen Menschen eigen ist, die aus einer Zeit stammen, in der vor allem *Charakter und Courage* als Kennzeichen echter Autorität galten: Ausgehend von der Frage „Was wählen 30jährige in Deutschland?“ dokumentiert der ehemalige Generalmajor Gerd Schultze-Rhonhof (vgl.: https://de.metapedia.org/wiki/Schultze-Rhonhof,_Gerd) zuerst die schwer belasteten und verwirrenden (und daher auch verworrenen) „Interessen junger Wähler“, um alsdann auf die *politische Alternative* zu blicken, wie sie die AfD gegen den heuchlerischen Politikbetrieb in Deutschland anbietet, der sich inzwischen vollständig und kläglich auf den „Kampf gegen Rechts und gegen die AfD“ beschränkt:

Gerd Schultze-Rhonhof: [Die Interessen Junger Wähler](#).
Analyse zur politischen Situation in Deutschland. Was wählen 30jährige in Deutschland? 15.06.2021

Gerd Schultze-Rhonhof: [Der Kampf gegen Rechts und gegen die AfD](#).
Analyse zur politischen Situation in Deutschland. Was wählen 30jährige in Deutschland? 15.06.2021

Außerdem bitten wir nachdrücklich: *Lesen – und denken – Sie selbst:*

Wahlprogramm der ‚Alternative für Deutschland‘ zur Bundestagswahl 2021:

[„Deutschland. Aber normal!“](#)

„Deshalb halten wir die unmittelbare Demokratie für ein unverzichtbares Mittel, um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten.“ Juni 2021.

In Kurzversion finden sich die meisten dieser Positionen bereits im Wahlprogramm zum Deutschen Bundestag für 2017:

Wahlprogramm der ‚Alternative für Deutschland‘ zur Bundestagswahl 2017: [In Kurzfassung.](#)

Diese Kurzfassung lehnt sich an das auf dem AfD-Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017 beschlossene Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 an. 2017.

Ebenso bündig ein Artikel der Jungen Freiheit vom 25.02.2021:

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/afd-wahlkampf-bundestag/> oder hier [gesichert](#) auf unserem Server.)

Hier das Grundsatzprogramm der AfD von 2016:

https://cdn.afd.tools/sites/6/2016/05/28100239/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.

Allein schon das mutige Verlangen, die GEZ-Zwangsgebühren abschaffen zu wollen, um der Berieselung des Volkskörpers mit Märchenerzählungen ein Ende zu setzen, fordert meine Ehrerbietung. Ich setze die Befreiung von dieser geistigen Bedrohung noch vor die der ökologischen: Die meisten jungen Menschen ‚glauben‘ tatsächlich, sie lebten in einer ‚Demokratie‘, soweit ist ihnen das kritische und selbständige Denken und Fühlen durch schulische und mediale Indoktrination bereits verödet/verblödet oder – als Nutznießer dieses Systems – abgekauft worden! Nach meinen Dafürhalten sammelt sich für die AfD – nach summarischer Auf- und Abrechnung aller kontroversen Stand- und Meinungspunkte – auf ihrer Habenseite zur nötigsten Erneuerung unseres Staatswesens (trotz ihrer Leugnung des Klimawandels) ein beträchtlicher Vorteil an. Daran ändern auch andere Unsinnigkeiten nichts, die sie offensichtlich aus Gründen der Abgrenzung vom politischen Gegner und aus populistischen Erwägungen vertritt. Stets stellen Forderungen, die kategorisch behauptet werden, eine *wahrhaft wissenschaftliche Auseinandersetzung* mit dem betreffenden Themenkomplex in Frage:

- Die Aussagen des Weltklimarats, daß Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die ‚Große Transformation‘ beenden und den ‚Klimaschutzplan 2050‘ der Bundesregierung aufheben.
- Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv. Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.
- Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen. Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können.

- Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, z. B. Benachteiligung von Dieselfahrzeugen, lehnt die AfD ab.
- Deshalb wenden wir uns auch gegen ein flächendeckendes Tempolimit und erfolglose Umweltzonen. Umweltzonen haben nachweislich nicht zur Reduzierung der Feinstaubemission beigetragen. Sie sind daher abzuschaffen.
- Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögensteuer.

Stärkstes Gewicht jedoch im Angebot der politischen Ansprüche der AfD, das nach meinem Dafürhalten alle anderen aufwiegt, ist ihr Postulat vom Volk als dem Souverän, weswegen sie die ‚unmittelbare Demokratie‘ einführen möchte, „um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten“. Die AfD setzt den Schuldspruch gegen den Verrat der ‚Volksvertreter‘ an ihrem politischen Auftrag an die erste Stelle ihrer Argumentationen – und leitet damit auch ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 ein:

„Die Regierungspolitiker in Bund und Ländern haben mit ihrer Flüchtlings-, Europa- und Corona-Politik die Prinzipien der deutschen Staatlichkeit, des Rechts und der Verfassung vielfach verletzt.

Zugleich haben sich die Volksvertreter der etablierten Parteien den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat ohne Widerstand nehmen lassen.

Die Bundesregierung kommt ihrer Pflicht, Vertragsbrüchen und Selbstermächtigungen durch EU-Institutionen entgegenzutreten, nicht nach. Einzelne rechts- und verfassungswidrige Maßnahmen wurden zwar durch mutige Richter in Hunderten von Urteilen zu Fall gebracht. In unserem Land hat sich aber eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese setzt die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, die Stärke unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes aufs Spiel und stellt Multikulturalität, Diversität, Globalisierung und vermeintliche Gendergerechtigkeit über alles. Sie hält die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen.

Deshalb halten wir die unmittelbare Demokratie für ein unverzichtbares Mittel, um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten.

Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Modell auch für Deutschland. Die uneingeschränkte Volkssouveränität in ihrer fast 200 Jahre bewährten und optimierten Gestaltung hat dem eidgenössischen Bundesstaat eine fortwährende Spitzenstellung in Wohlstand, Frieden und Freiheit gewährleistet.

Durch die Volksabstimmungen wollen wir die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen eindämmen und die Parlamente zu sorgfältiger Arbeit zwingen. Unangemessenen Beschlüssen der Abgeordneten in eigener Sache wollen wir einen Riegel vorschieben. Hierzu zählen etwa die Diäten, Fraktions- und Parteienfinanzierung sowie die Finanzierung von ‚parteinahen‘ Stiftungen. Der Wortbruch der etablierten Parteien bezüglich des Euros und die immer weitere

Zentralisierung der EU bedrohen die Zukunft unseres Landes (sowie der nachfolgenden Generationen). Diese fatale Politik wollen wir beenden.

Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer Modell ist für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsvereinbarungen und beinhaltet insbesondere folgende Elemente:

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen.

Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen. Hierbei soll es jenseits des Art. 79 Abs. 3 GG keine thematischen Beschränkungen geben.

Die Qualität der Entscheidung der Bürger muß gesichert werden durch einen ausgeprägten und autonomen Prozeß der Willensbildung, durch Informationspflichten und -rechte und eine breite gesellschaftliche Debatte. Auch die Parlamente sollen die Möglichkeit erhalten, eine Volksabstimmung zu initiieren.

Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien halten wir das deutsche Volk für ebenso mündig wie das der Schweizer. Entgegen anderslautenden Behauptungen entscheiden Bürger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger, friedfertiger und gemeinwohlorientierter als Berufspolitiker. Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus der Ablehnung des ‚EU-Verfassungsvertrags‘ durch das französische und das niederländische Volk und der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszutreten.

Wir vertrauen nicht mehr darauf, daß Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur Energiewende tragfähige Lösungen finden. Das Volk als Souverän muß in direkter Mitbestimmung Träger solcher schicksalhaften Entscheidungen sein.“

*

Meine Stimme muß gehört werden, sie muß im Prozeß aller politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen Gehör finden! Um die Entscheidungsfindung zu ermöglichen, ist es vornehmste Aufgabe eines Staates eine ‚objektive‘ = unparteiische und unverfälschte Berichterstattung über alle relevanten Themen zu gewährleisten. Das freie Wort ist der Pulsgeber für den Herzschlag einer Nation. Nicht mehr gehört zu werden, nicht mehr sprechen zu dürfen, wie der Schnabel einem gewachsen ist, wie es die Sinne einen fühlen lassen, damit beginnt die Entfremdung des Menschen von sich selbst, sein Fall in Unmündigkeit und kulturelle Verwahrlosung/Verarmung:

Johann Gottfried von Herder (1744-1803), deutscher Dichter, Theologe, Kultur- und Geschichtsphilosoph, einer der bedeutendsten Denker der Aufklärung: „Kein größerer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man ihr den Nationalcharakter, die Eigenheit ihres Geistes und ihrer Sprache raubt.“

Thomas Hobbes (1588-1679), englischer Mathematiker, Staatstheoretiker und Philosoph, neben John Locke und Jean-Jacques Rousseau einer der bedeutendsten

Theoretiker des Gesellschaftsvertrages und Begründer des ‚aufgeklärten Absolutismus‘, in: Grundzüge der Philosophie, Teil II, Lehre vom Menschen: „Eine dritte, und zwar die größte Wohltat der Sprache ist, daß wir befehlen und Befehle verstehen können. Denn ohne diese gäbe es keine Gemeinschaft zwischen den Menschen, keinen Frieden und folglich auch keine Zucht, sondern Wildheit; ohne Sprache würden die Menschen einsam leben und in Schlupfwinkeln jeder für sich hausen, nicht aber gesellig wohnen.“

Friedrich Wilhelm Nietzsche (1844-1900), klassischer deutscher Philologe, Philosoph, Dichter und Komponist, in: Menschliches Allzumenschliches: Erstes Hauptstück, Von den ersten und letzten Dingen: „Die Bedeutung der Sprache für die Entwicklung der Kultur liegt darin, daß in ihr der Mensch eine eigene Welt neben die andere stellte, einen Ort, welchen er für so fest hielt, um von ihm aus die übrige Welt aus den Angeln zu heben und sich zum Herrn derselben zu machen.“

Friedrich Wilhelm Nietzsche (1844-1900), klassischer deutscher Philologe, Philosoph, Dichter und Komponist, im Nachlaß: Fragmente Ende 1874: „Sprechen- und Schreibenkönnen heißt frei werden: zugegeben, daß nicht immer das Beste dabei herauskommt; aber es ist gut, daß es sichtbar wird, daß es Wort und Farbe findet.“

„...Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt (un des droits les plus précieux de l'homme nach Artikel 11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789). Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist (BVerfGE 5, 85 [205]). Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt, >the matrix, the indispensable condition of nearly every other form of freedom< (Cardozo).“ Vergleiche hier:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1958/01/rs19580115_1bvro40051.html, oder in dieser Sicherung auf unserem Server:

Verfassungsklage gegen die Verletzung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung: [Beschluß des Ersten Senats des BVerfG vom 15. Januar 1958.](#)

„Das Grundrecht des Art. 5 GG schützt nicht nur das Äußern einer Meinung als solches, sondern auch das geistige Wirken durch die Meinungsäußerung.“ 15.01.1958.

*

In einem Klima entwürdigender Meinungsdictatur und medialer Zensur, in dem jede politische Wahl einer Farce gleichkommt, bedarf es einer besonderen Rechtfertigung (und Rechtsprechung), ließe man sich dennoch zur ‚Wahl‘ hinreißen: Wähle ich im September die AfD, so geschieht dies, um mich gegen die anderen gleichläufigen, zutiefst undemokratischen und wirklichkeitsverleumdenden Positionen der Blockparteien zu bekennen und mein Recht auf Meinungsäußerung wahrzunehmen, wie es im Grundgesetz als *essentielle Instrument jedes einzelnen Bürgers zur Teilhabe an der Macht und Gestaltung des Staatswesens* gedacht und festgeschrieben wurde. – Mein Freispruch lautet: Aus Notwehr hat er das System der politischen Ignoranz *ab-gewählt!*

*